

NR. 1, MÄRZ 2026

OSTGRÜN

BULLETIN DER KANTONE SG, TG, GL, GR UND SH



- › **WOHNUNGSMARKT:** GENOSSENSCHAFTEN SOLLEN GESTÄRKT WERDEN SEITE 4
- › **TEMPO 30:** BÜRGERLICHE BLOCKIEREN MASSIV SEITE 7
- › **SPARPROGRAMM:** IM THURGAU IST DER SERVICE PUBLIC IN GEFAHR SEITE 8



SPARDRUCK

GEFÄHRDET ENTWICKLUNG



Im Einklang mit der Natur

Guido Leutenegger
www.natur-konkret.ch

Das tier- und naturfreundlichste
Label der Schweiz



UNSER ANLAGETIPP: NATURGARTEN

Investieren Sie ins blühende Leben. Besser können Sie
Ihr Geld in diesen Zeiten nicht anlegen.

neubauer

neubauer.ch

...sorgt für Leben im Garten

COMEDIA

Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen
Tel. 071 245 80 08, medien@comedia-sg.ch



Die Genossenschafts-Buchhandlung mit dem
besonderen Angebot und dem guten Service.
Auch für Bibliotheken, Schulen, Institutionen.

www.comedia-sg.ch mit unseren Buch-,
Comic/Manga-, WorldMusic- und Veranstaltungstipps
und dem grossen Medienkatalog mit E-Shop!

umfassendes Tee- & Kräutersortiment

pflanzliche Rohstoffe & Grundnahrungsmittel

transparent & verantwortungsbewusst
plastikfrei oder unverpackt
überwiegend bio & vegan
seit 2000 bio zertifiziert



10 % Kennenlern-Rabatt
mit Code OstGruen

online oder Ladeneinkauf
teewerk.ch Meierhofstr. 14 8274 Tägerwilen 071 667 09 03

DEIN INSERAT IM «OSTGRÜN»

Du erreichst 1950 Mitglieder und
Sympathisant*innen der GRÜNEN
in der Ostschweiz.

1/8 Seite Fr. 150.00, bei drei Schaltungen 20%
Rabatt, 10% Mitgliederrabatt.

sekretariat@gruene-sg.ch | sekretariat@gruene-tg.ch

JETZT INVESTIEREN!
Genossenschaft für zukunftsfähigen
Wohn- und Arbeitsraum
im Toggenburg



www.stadtuer.ch



STADTUER

KULTUR, WOHNEN & ARBEITEN

GLEICHGÜLTIGKEIT ODER ENGAGEMENT

Liebe GRÜNE

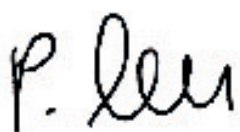
Die Welt scheint aus den Fugen geraten und jeden Tag lesen und hören wir von neuen Konflikten, durchgedrehten Staatsoberhäuptern, Naturkatastrophen und humanitären Krisen. Der Zustand der Welt macht Angst und die neuesten Schlagzeilen lassen mit einem mulmigen Gefühl zurück. Es ist nicht einfach, mit diesem Weltschmerz umzugehen. Das Wichtigste ist es, dass wir die Geschehnisse und den Zustand der Welt nicht gleichgültig hinnehmen. «Die Gleichgültigen nehmen alles hin, wie es kommt. Sie sind weder dafür noch dagegen. Engagement ist für sie ein rotes Tuch; mit der Zeit stumpfen sie ab.», schreibt Rafik Schami in seinem Essay «Gegen die Gleichgültigkeit».

Das Gegenteil von Gleichgültigkeit ist Engagement. Aber Engagement braucht Mut. Sich dafür einzusetzen, was einem wichtig ist, heisst auch, sich zu exponieren, der Welt zu zeigen, wer man ist und welche Werte man vertritt.

Es beginnt in kleinen Handlungen

Engagement muss nicht bedeuten, sein Leben für die gute Sache aufs Spiel zu setzen oder all seine Zeit zu opfern. Es beginnt in kleinen Handlungen, die aber zusammen gross sind: Abstimmen, Wählen, für etwas mit dem eigenen Namen einstehen, Mitglied eines Vereins oder einer Partei sein, mit den Menschen im Umfeld über Ungerechtigkeiten und deren Lösungen sprechen, den Mitmenschen mit Respekt begegnen, Zuhören, Nachfragen, Hilfe anbieten, jemandem etwas beibringen, Diskriminierung in der Öffentlichkeit und im Privaten ansprechen, Gemeinschaft schaffen, Empathie zeigen.

Engagement braucht nicht nur Mut, sondern vor allem macht es auch Mut. Es hilft gegen das Gefühl der Ohnmacht in der aktuellen Weltlage. Es gibt Sinnhaftigkeit, Antrieb und kann Freude bereiten, man kann Gemeinschaft finden und Empowerment erleben. Lasst uns also nicht gleichgültig sein, lasst uns mutig sein und uns engagieren, lasst uns zusammen Schritt für Schritt für eine bessere Welt kämpfen.



Pia Leu
Vorstandsmitglied GRÜNE Schaffhausen
pia.leu@bluewin.ch



OSTGRÜN NR. 1/2026

Bulletin der GRÜNEN Ostschweiz
c/o GRÜNE Kanton St.Gallen
Postfach, 9001 St.Gallen

März 2026
Erscheint 3-mal jährlich

Auflage: 1950 Exemplare

Redaktion: Daniel Bosshard (SG), Kurt Egger (TG), Regula N. Keller (GL), Gianluca Looser (SH), Lydia Tobler (GR)

Autor*innen: Daniel Bosshard, Kurt Egger, Christian Huber, Bernhard Schlegel, Cinia Schriber, Kaspar Schuler, Simon Vogel

Gestaltung: Mischa Herzog

Titelbild: zVg

Porträtfoto: S. 4 Patrick Itten,
S. 5 Béatrice Devès

Druck: Cavelti AG, Gossau



Bild: Adobe Stock

GENOSSENSCHAFTEN STÄRKEN, BEZAHLBARES WOHNEN FÖRDERN

Gemeinnütziger Wohnungsbau ermöglicht bezahlbares Wohnen. Doch gerade wegen ihrem sozial und ökologisch nachhaltigen Modell ist es für sie schwieriger, an Finanzierungen zu kommen. Das Parlament hat es verpasst, die Unterstützung auszubauen und damit effektiv etwas für bezahlbare Mieten zu tun.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist in vielen Schweizer Städten und in touristischen Gebieten ausser Kontrolle. In Zürich, der bevölkerungsreichsten Stadt der Schweiz, standen 2024 nur 0,07 Prozent der Wohnungen leer – also gerade einmal 1500 Wohnungen. Bei Mieter*innen-Wechsel werden die Wohnungen im Schnitt doppelt so teuer ausgeschrieben, als sie für langjährige Mietende kosten. Haushalte mit beschränkten Mitteln werden so aus der Stadt gedrängt. In der Ostschweiz ist die Situation etwas besser, aber die Mietkosten zeigen auch hier nur in eine Richtung.

Kostenmiete statt Rendite

Die wirkungsvollste Antwort auf diese Entwicklung heisst: Gemeinnütziger Wohnungsbau. Denn gemeinnützige Wohnbauträger sehen Liegenschaften nicht als Anlageobjekte mit optimierbarer Rendite, sondern bieten Wohnen zur Kostenmiete an. Also zu dem Preis, der notwendig ist, um die Gebäude – inklusive Boden oder Baurecht – und deren Unterhalt langfristig zu finanzie-

«In der Ostschweiz ist die Situation etwas besser, aber die Mietkosten zeigen auch hier nur in eine Richtung.»

ren. Der Bund hat den Auftrag, die Tätigkeit von Trägern und Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus zu fördern. Deshalb gibt es einerseits den Fonds de Roulement – eine Starthilfe, mit dem gerade junge Genossenschaften zu günstigen Konditionen Kredite beziehen können. Für viele junge Genossenschaften ist er geradezu eine Voraussetzung, um überhaupt Projekte realisieren zu können. Und es gibt die Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger (EGW), die als Hypothekargeberin auftritt und vom Bund verbürgt wird. Dank diesen Bundesbürgschaften kann die EGW am Kapitalmarkt Mittel zu sehr guten Konditionen beschaffen und diese langfristig zu günstigen Bedingungen ihren Mitgliedern zur Verfügung stellen.

Alles spricht für einen Ausbau

Zwei Instrumente also, dank denen Genossenschaften sich günstiger finanzieren und damit auch günstigere Mieten anbieten können. Das Beste: Seit der Einführung dieser Instrumente vor über dreissig Jahren musste der Bund noch

nie eine Bürgschaft der EGW honorieren oder einen Kredit abschreiben. Das heisst in anderen Worten: die Unterstützung hat den Bund faktisch keinen einzigen Franken gekostet! Im Gegenteil, durch den Fonds de Roulement macht der Bund sogar jedes Jahr einen Gewinn.

Es würde also alles dafür sprechen, diese Instrumente auszubauen: Die Nachfrage der Wohnbauträger ist da, den Bund kostet es nichts, und die Mieten würden sinken.

Trotzdem haben SVP, Mitte und FDP eine Erhöhung der Fördermittel abgelehnt. Das ist gerade bei der SVP entlarvend: Denn sie zieht mit ihrer Kampagne zur 10-Millionen-Schweiz durchs Land und beklagt steigende Mieten – verhindert gleichzeitig aber jedes wirksame Instrument dagegen. Problembewirtschaftung à la SVP.



Franziska Ryser
Nationalrätin GRÜNE SG



Bild: Adobe Stock

KEIN REFERENDUM – WIR KÄMPFEN WEITER

Die Grünen haben beschlossen, das Entlastungspaket 27 (EP27) nicht mit einem Referendum zu bekämpfen. Immerhin konnten im parlamentarischen Prozess grosse Verbesserungen erreicht werden. Nun ist die Überarbeitung der Schuldenbremse angezeigt.

Völlig unausgewogen und rein ausgabenseitig: So wollte der Bundesrat die Bundesfinanzen für die nächsten Jahre fit machen. Das Paket beinhaltete überproportional Kürzungen im Umweltbereich oder bei den Asylausgaben. Die GRÜNEN bieten zur Entlastung des Bundeshaushalts Hand. Aber nicht so. Das EP27 war der Versuch, die Errungenschaften der «Grünen Welle» 2019 zu streichen.

Kein Kahlschlag

Nachdem nun die Differenzbereinigung zwischen den Räten abgeschlossen ist, sieht man, dass wir einiges erreicht haben. Das Gebäudeprogramm wird zwar gekürzt, der Kahlschlag bleibt aber aus. Das erfolgreiche und zur Erreichung der Klimaziele unerlässliche Programm kann weitergeführt werden. Bei diversen Ausgaben im Umweltbereich, von Verbauungen bis Biodiversität, konnte die Kürzung von zehn auf noch zwei Prozentpunkte reduziert werden. Ohne unseren Einsatz wäre das unmöglich gewesen. Beim öffentlichen Verkehr wollte der Bundesrat so stark kürzen, dass Preiserhö-

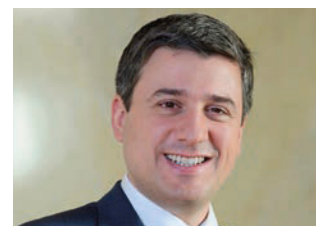
hungen unvermeidlich gewesen wären. Angebotsausbauten, wie der von der Landsgemeinde beschlossene Halbstundentakt im Glarner Hinterland, wären unmöglich geworden. Die Kürzung konnte dank unserem Einsatz verhindert werden.

Es bleiben Wermutstropfen. Im Bildungsbereich wird stark gespart, die Studiengebühren werden erhöht und damit die Chancengleichheit verringert. Im Bereich Asyl werden hunderte Millionen auf die Kantone verlagert; das entlastet die Bundeskasse, hat aber keinen Spareffekt. Der Druck auf das System steigt und die SVP lacht.

Dennoch haben sich die GRÜNEN gegen das Referendum entschieden. Es überwiegen die Risiken: die Wirkung eines «Quasi-Finanzreferendums» sind unklar, dem Referendum unterliegen nur Gesetzesänderungen und nicht Geldbeträge. Die Erfolge zeigen, dass wir unsere Vorschläge direkt im Parlament einbringen müssen, anstatt Zeit mit einem Referendum zu verlieren.

Von Sparpaket zu Sparpaket

Die Reform der Schuldenbremse ist dringend. Der Verfassungsauftrag ist, Ausgaben und Einnahmen im Gleichgewicht zu halten. Die Schuldenbremse wird heute aber so restriktiv angewendet, dass die Schulden stetig sinken; dies bei einem Anstieg des BIP. Volkswirtschaftler warnen, dass sei nicht sinnvoll. Sinnvolle Ausgaben, Investitionen in die Zukunft, würden zugunsten des Schuldenabbaus zurückgestellt. Wir übergeben unseren Nachkommen eine schuldenfreie Schweiz, die aber für die Herausforderungen der Zukunft nicht gewappnet ist, wenn wir uns von Sparpaket zu Sparpaket hangeln und dabei immer das tun, was am einfachsten ist: Bei den Politikbereichen zu sparen, die über keine stabilen Mehrheiten in den Räten verfügen.



Mathias Zopfi
Ständerat GRÜNE GL
Präsident SGV



Bild: zvg

BÜRGERLICHE BREMSSEN DIE NEUE BIBLIOTHEK AUS

Seit 2014 besteht der gesetzliche Auftrag, in St. Gallen eine gemeinsame Kantons- und Stadtbibliothek zu realisieren. Mit dem Projekt «Doppeldecker» liegt ein ausgereiftes Projekt vor. Trotzdem hat die Regierung das Vorhaben aufgrund des bürgerlichen Spardrucks um bis zu drei Jahre verschoben.

DBO. Die geplante neue Kantons- und Stadtbibliothek in St. Gallen geht auf einen klaren politischen Auftrag zurück: Das seit 2014 gültige kantonale Bibliotheksgesetz verpflichtet Kanton und Stadt, ihre Bibliotheken an einem zentralen Standort zusammenzuführen und gemeinsam eine öffentlich zugängliche Institution zu betreiben. Ausgangspunkt war eine Volksinitiative, deren zentrale Anliegen im Gesetz aufgenommen wurden und die daraufhin zurückgezogen wurde.

Die heutige Bibliothekslandschaft ist auf mehrere Standorte verteilt, darunter die Bibliothek Hauptpost als Provisorium sowie die Kantonsbibliothek Vadiana und die Stadtbibliothek. Der Handlungsbedarf ist unbestritten: Die bestehenden Gebäude gelten als räumlich und funktional unzureichend, zudem erschwert die Aufteilung die Nutzung und verursacht Mehraufwand im Betrieb.

Ein Neubau im Herzen der Stadt

Im Jahr 2021 kürte die Jury im Rahmen eines Architekturwettbewerbs aus 29 eingereichten Beiträgen das Projekt «Doppeldecker» der Staab Architekten aus Berlin zum Sieger. Vorgesehen ist

ein Neubau am Standort Union/Blumenmarkt im Herzen der Stadt St. Gallen. Die neue Bibliothek ist als «offenes Haus» konzipiert und soll neben klassischen Ausleihfunktionen auch als Lern-, Arbeits- und Begegnungsort dienen. Gleichzeitig soll sie eine stärkere Vernetzung der Bibliotheken im gesamten Kanton ermöglichen. Die ursprünglichen Baukosten wurden auf rund 141,5 Millionen Franken veranschlagt.

Bürgerlicher Widerstand führt zu Projektanpassungen

Im Rahmen der Vernehmlassung im Herbst 2023 regte sich aus bürgerlichen Kreisen Widerstand gegen das Projekt. Kritisiert wurden vor allem die hohen Baukosten und die steigenden Betriebskosten. Zudem wurde bemängelt, dass der Nutzen für die Regionen im Kanton im Vergleich zum starken Fokus auf den Standort in der Kantonshauptstadt zu wenig ersichtlich sei.

Als Reaktion darauf wurde das Projekt überarbeitet und in zentralen Punkten angepasst. Sowohl beim Bau als auch beim Betrieb wurden Einsparungen vorgenommen, zudem wurde die Un-

terstützung der Bibliotheken in den Regionen stärker gewichtet.

Verschiebung trotz Gesetzesauftrag

Anfang dieses Jahres entschied die Regierung, das Projekt um maximal drei Jahre zu verschieben. Zwar gilt die Vorlage als inhaltlich ausgereift, doch

«Die Verschiebung ist ein politischer Rückzug vor dem bürgerlichen Sparblock.»

fehlt derzeit aus Sicht der Regierung die politische Mehrheit. Sie begründet den Entscheid damit, dass das Projekt im aktuel-

len finanzpolitischen Umfeld – geprägt von Sparmassnahmen – weder im Parlament noch an der Urne mehrheitsfähig wäre.

Die GRÜNEN sehen in der Verschiebung des Projekts einen vorseilenden Rückzug. Statt den gesetzlich abgestützten Auftrag dem Parlament zu unterbreiten und eine politische Debatte zu führen, wird das Geschäft nun verschoben. Dies kommt einer politischen Kapitulation vor dem bürgerlichen Sparblock gleich. Die GRÜNEN fordern, das Projekt aktiv voranzutreiben und die Verantwortung für den Bildungsstandort wahrzunehmen.



Bild: Adobe Stock

MASSIVE HÜRDEN

BLOCKIEREN TEMPO 30

Mit dem neuen Strassengesetz erschwert der St.Galler Kantonsrat Tempo 30 massiv. Künftig soll auf Kantonsstrassen und Gemeindestrassen erster Klasse grundsätzlich Tempo 50 gelten, zulasten von Sicherheit, Lärmschutz und Lebensqualität. Noch stoppen kann die Vorlage nur ein Referendum.

DBO. Der St.Galler Kantonsrat hat in der Frühjahressession eine richtungsweisende Vorlage beraten, die weit über eine technische Anpassung im Strassenrecht hinausgeht. Er ist auf den IX. Nachtrag zum Strassengesetz eingetreten, mit dem Tempo 30 auf sogenannten «verkehrsorientierten» Strassen faktisch verunmöglicht werden soll. Die zweite Lesung sowie die Schlussabstimmung sind für die kommende Sommersession vorgesehen.

Tempo 50 als neuer Zwang

Der Kern der Gesetzesänderung ist einfach und folgenreich: Auf Kantonsstrassen sowie auf Gemeindestrassen erster Klasse soll grundsätzlich Tempo 50 gelten. Abweichungen, also etwa Tempo 30, sind nur noch in Ausnahmefällen möglich und müssen mit aufwendigen Gutachten begründet werden. Zudem muss nachgewiesen werden, dass keine anderen Massnahmen, wie etwa lärmarme Beläge oder Lärmschutzwände, denselben Zweck erfüllen können. Was auf dem Papier wie eine Einzelfallprüfung klingt, ist de facto eine massive Hürde.

Gemeinden werden entmachtet

Besonders problematisch ist der Eingriff in die Gemeindeautonomie. Ausgerechnet jene Ratsmehrheit, die sich sonst auf sie beruft, schränkt sie hier deutlich ein. Bisher konnten Gemeinden relativ flexibel entscheiden, wo Temporeduktionen sinnvoll sind, etwa entlang von Schulwegen oder in dicht besiedelten Quartieren.

«Tempo 30 wird faktisch verunmöglicht.»

Mit der neuen Regelung wird dieser Spielraum stark eingeschränkt. Selbst wenn Gemeindebehörden und Bevölkerung ein klares Bedürfnis sehen, müssen sie künftig komplexe Verfahren durchlaufen – mit unsicherem Ausgang. Die Entscheidung verlagert sich weg von den Gemeinden hin zu kantonalen Instanzen. Dies, obwohl die Gemeinden ihre Strassen am besten kennen: Sie wissen, wo es besonders gefährlich ist, wo Lärm belastet und wo Schulkinder unterwegs sind.

Regierung empfahl Ablehnung

Auslöser der Gesetzesänderung war eine Motion der Fraktionen von SVP, FDP und Mitte-EVP aus dem Jahr 2023. Diese forderte, Tempo 30 auf verkehrsorientierten Strassen grundsätz-

lich zu verhindern und entsprechende Einschränkungen im Strassengesetz zu verankern.

Die Regierung wies in ihrer Antwort auf die Motion darauf hin, dass eine solche Regelung auf kantonaler Ebene weder notwendig noch sinnvoll sei. Vielmehr verstosse die geforderte Einschränkung mutmasslich gegen das übergeordnete Bundesrecht. Dieses sieht ausdrücklich vor, dass Geschwindigkeitsreduktionen im Einzelfall möglich bleiben müssen, etwa aus Gründen des Lärmschutzes oder der Verkehrssicherheit.

Referendum als letzte Möglichkeit

Die GRÜNEN werden sich auch in der Schlussabstimmung gegen die Vorlage stellen, wenn auch mit geringen Erfolgsaussichten. Gestoppt werden kann sie nur noch durch eine Volksabstimmung, entweder über ein Ratsreferendum oder durch ein Referendum aus der Bevölkerung. Für das Ratsreferendum sind 40 Stimmen nötig, was schwierig, aber nicht ausgeschlossen ist, da sich einzelne Mitglieder aus der Mitte bereits gegen das Eintreten auf die Vorlage gestellt haben.



Bild: Simon Vogel

KEIN SPAREN AUF KOSTEN DES SERVICE PUBLIC

Der Kanton Thurgau soll sparen: Mit einem Paket von 50 Massnahmen, soll der Staatshaushalt um 80 Mio. Franken jährlich entlastet werden. Die Massnahmen betreffen alle und gehen letztlich auf Kosten des Service Public. Dagegen werden sich die GRÜNEN wehren.

SVO. Nach einer Steuersenkung von 8 Prozent sowie dem Wegfall hoher Ausschüttungen der Schweizer Nationalbank erzielten die Rechnungen des Kantons Thurgau in den letzten Jahren deutliche Defizite.

Während sich die GRÜNEN und anfangs auch die Regierung für eine Korrektur der Steuersenkung einsetzen, entschied

die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates stattdessen, dass ein umfassendes Sparpaket nötig sei. In der Folge gab der Regierungsrat die «Aufgaben und Verichtsplanung» (AVP) in Auftrag. Ziel: Jährliche Einsparungen von 80 Millionen Franken ab dem Jahr 2028.

50 Sparmassnahmen

10 Monate später liegt der Entwurf vor und geht in eine dreimonatige Vernehmlassung. Ein erster Blick zeigt: Der Kanton arbeitet in vielen Bereichen bereits effizient – gerade im Vergleich mit anderen Kantonen. Das Effizienzpotenzial ist entsprechend gering. Um das Sparziel von 80 Mio. dennoch zu erreichen, sieht der Bericht 50 Massnahmen in zentralen Bereichen vor: Bildung, ÖV, Energie, Natur, Gesundheit, Landwirtschaft und

Wirtschaft. So soll etwa die Finanzierung der Kantonsschulen reduziert, das Konvikt in Kreuzlingen geschlossen, Beiträge an Überbetriebliche Kurse in der Berufsbildung gestrichen oder die

Finanzierung der Sonderschulung reduziert werden. Die Thurgauer Energieförderung soll halbiert, die Einlagen in den Biodiversitätsfonds

reduziert und der geplante Innovationsfonds gestrichen werden. Die Restkostenfinanzierung bei der Pflege soll zulasten der Gemeinden reduziert, die Ausbildungskosten bei der Pflege nur noch zu 90 Prozent getragen und das Brustkrebscreening eingestellt werden. Beim ÖV soll der Ortsverkehr nicht mehr unterstützt und die Entlastungszüge zu Spitzenzeiten gestrichen werden. Einige Massnahmen zur Steigerung der Einnahmen sind aus unserer Sicht zu begrüßen, so zum Beispiel die Mehrwertabgaben bei Ein- und Umzonungen.

Investieren in die Zukunft

Während eine regelmässige Überprüfung der Aufgaben und auch die Prüfung der Effizienz grundsätzlich zu begrüßen ist, sind übermässige Sparübungen

problematisch. Die Kantonsfinanzen müssen ins Lot gebracht werden, doch ausschliesslich auf Ausgabenkürzung zu setzen, ist angesichts des historisch tiefen Steuerfusses nicht vertretbar. Vielmehr ist auch die Korrektur der übertriebenen Steuersenkung dringend notwendig.

Angesichts der anstehenden Herausforderungen muss der Kanton bereit sein, in die Zukunft zu investieren. Es reicht nicht, sich mit dem Minimum zu begnügen. Mit den vorgeschlagenen Massnahmen senkt der Thurgau seine Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort und droht ökologisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich den Anschluss zu verlieren.

Die laufende Vernehmlassung wird zeigen, wo die Parteien stehen. Die GRÜNEN werden sich vehement gegen Sparübungen zulasten des Service Public wehren und werden sich auch weiterhin für Massnahmen auf der Einnahmenseite einsetzen.



Bild: Urs Bucher

JEYAKUMAR THURAIRAJAH IST HÖCHSTER ST.GALLER

Am 20. Januar wählte das St.Galler Stadtparlament Jeyakumar Thurairajah zum neuen Stadtparlamentspräsidenten. Der Politiker der GRÜNEN leitet 2026 den Rat und vertritt die Stadt nach aussen. Seine Wahl ist mehr als ein politischer Vorgang. Sie erzählt von Flucht, Beharrlichkeit und gelebter Demokratie.

CHU. Mit Applaus und ohne Gegenstimme wurde Jeyakumar Thurairajah zum «höchsten Stadsanktgaller» gewählt. In seiner Antrittsrede zeigte er sich dankbar für das Vertrauen: «Es ist die grösste Ehre, die mir je im Leben zuteil wurde.» Der Weg in dieses Amt verlief alles andere als geradlinig und ist eng mit der Migrationsgeschichte der Schweiz verflochten.

«Er kam ohne Familie, ohne Ausbildung und ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in St.Gallen an.»

1988 floh Thurairajah als Jugendlicher vor dem Bürgerkrieg in Sri Lanka. Er kam ohne Familie, ohne Ausbildung und ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in St.Gallen an – in einer Zeit, in der Geflüchtete in der Schweiz oft auf Misstrauen stiessen und viele lange um ein Bleiberecht kämpfen mussten. In seiner Rede erinnerte er an diese Jahre: Ein junger Mann habe seine Heimat verlassen, weil die Situation hoffnungslos gewesen sei. «Er hat überlebt, obwohl er zwanzigmal hätte sterben können. Im Krieg, auf der Flucht, auf dem Weg ins Ungewisse.»

Engagement für Stadt und Gesellschaft
In St.Gallen fand Thurairajah eine neue Heimat. Er schlug Wurzeln, fasste Fuss im Gesundheitswesen und engagierte sich in zahlreichen Vereinen. Seit 2016 prägt er das Stadtparlament mit, unter anderem in der Bildungskommission.

Politisch setzt er sich für soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitwirkung und gesellschaftliche Teilhabe ein.

Für ihn ist diese Wahl ein Beweis für die Offenheit der Schweiz: «Dass das Unmögliche möglich wurde, verdanke ich einem Land, das mir Schutz, Chancen und Hoffnung gab.» Seine Wahl erzählt damit nicht nur eine persönliche Geschichte. Sie erzählt auch etwas über eine Stadt, in der Menschen mit sehr unterschiedlichen Lebenswegen Verantwortung übernehmen.

Ein feierlicher und sportlicher Auftakt ins Präsidialjahr

Nach der Wahl folgte der festliche Teil in der Tonhalle. Eine tamilische Band spielte, Gratulationen wurden ausgetauscht, Gespräche geführt.

Für humorvolle und sportliche Einlagen sorgte seine Fraktion: In einem symbolischen «Sechskampf» trat der begeisterte Sportler Thurairajah gegen Vertreter:innen aller Fraktionen an, natürlich in deren «Paradedisziplinen»: Armbrustschieszen (SVP), Mini-Golf (FDP), Balance halten auf der Slackline (Die Mitte), Fussballdribbling zwischen links und rechts (glp), Pingpong-Rundlauf (SP) und ein Veloparcours (GRÜNE). Zum Abschluss ergriff Tochter Arani das Wort. Sie beschrieb ihren Vater als Vorbild, der ihr gezeigt habe, «was es heisst, nicht aufzugeben» und der Gemeinschaft etwas zurückzugeben.

Die Wahl von Jeyakumar zeigt, wie sehr sich St.Gallen verändert hat: Menschen mit unterschiedlichen Lebensgeschichten prägen Politik und Gesellschaft. Dass ein ehemaliger Geflüchteter das Stadtparlament präsidiert, ist mehr als eine individuelle Erfolgsgeschichte. Es ist ein kraftvolles Signal für eine offene Gesellschaft, in der Engagement, Solidarität und der Glaube an die Demokratie die tragenden Pfeiler sind.



Bild: Nicola Pitaro

AUF DEM SPRUNG ZUR EIGENEN FRAKTION

Erst zum zweiten Mal finden in Graubünden die Wahlen ins Kantonsparlament nach dem Proporzwahlrecht statt. Nachdem wir 2022 im Grossen Rat zwei Sitze im Verbund mit der SP eroberten, gilt es im Juni 2026 die eigene Fraktionsstärke zu erreichen. Die Qualität der Grünen Kandidat*innen lässt aufhorchen.

KSC. In Graubünden gibt es mehrere und schwierig zu erkletternde Berggrate zu überwinden, will man sich im Grossen Rat etablieren. In der Legislaturperiode 2022–2026 galt es gegenüber einer bürgerlichen Parlamentsübermacht von 93 mitte-rechts mit 27 links-grünen Vertreter*innen zu bestehen. Nun gilt es im weit verzweigten

Kanton der 150 Täler jene engagierten Menschen zu finden, die sich tatsächlich aufzustellen und parteipolitisch grün zu zeigen bereit sind, in möglichst vielen der 39 Wahlkreise.

Im Wahlkampf, den wir erstmals nicht im Verbund mit der SP führen, sind wir breit aufgestellt. Mit rund 55 eigenen Kandidat*innen in 17 Wahlkreisen, die zwar mehrheitlich im deutschsprachigen Nordbünden daheim sind, doch auch in der Surselva, dem Engadin und der Mesolcina.

«Es kandidieren Holz-, Baustoff- und Umweltfachleute, Kulturschaffende aus bildender Kunst und Musik...»

55 mal Fachkompetenz

Vielfalt und Kompetenz unserer Kandidat*innen belegen nicht allein die Altersspanne zwischen 20 und 74 Jahren und das ausgewogene Geschlechterverhältnis. Auch die Berufskompetenz zeigt, wie stark grüne Anliegen in Graubünden verankert sind. Es kandidieren Holz-, Baustoff- und Umweltfachleute, Kul-

turschaffende aus bildender Kunst und Musik, ein Unternehmer sowie Fachpersonen im Verkehrswesen – darunter die RhB, der Strassenverkehr und das Mountainbiking – je ein(e) Chauffeur, Datenmanagerin, Innovationsleiter, Solarteuer, Logopädin, Geograf, Biotechnologin, Immobilienverwalter, Biologin, Jobcoach, Projektleiterin, Kaufmann und Sozialpädagogin, sechs Studierende verschiedenster Fachrichtungen, Lehrpersonen, Therapeut*innen und Pflegefachleute sowie Fachpersonen aus der Landwirtschaft. Beim Ostgrün-Redaktionsschluss war die Kandidat*innensuche noch nicht abgeschlossen, weshalb sich das Gesamtbild erweitern wird.

Für ein vielfältigeres Parlament

Zusammen mit unseren zwei bisherigen Grossrät*innen, dem zupackenden Churer Exekutivpolitiker Simon Gredig und der erfahrenen Umweltverbandsleiterin Anita Mazzetta wollen wir erreichen, dass am 14. Juni ein links-grün erstarktes, vielfältigeres Bündner Parlament resultiert. Eines, das Klimaschutz umsetzt, dem alpinen und dem urbanen, dem industrialisierten und dem sozial engagierten Kanton zum Nutzen, sowie seinen kriechenden, fliegenden und schwimmenden Wesen zur Freude.

UNTERSTÜTZEN

Helfen Sie uns in der Wahlkampagne? Unsere Geschäftsleiterin Lydia Tobler erreichen Sie unter info@gruene-gr.ch, unser Konto bei der GKB so: IBAN CH27 0077 4010 0169 6270 0. Zum Erfolg braucht es auch Sie!



Bild: Adobe Stock

ES WIRD GESPART,

EGAL WAS ES KOSTET

Im Kanton Schaffhausen sind die Staatskassen gut gefüllt. Trotzdem werden Sozialleistungen gekürzt, die Verwaltung und der Service Public reduziert. Gleichzeitig werden Steuergeschenke verteilt und Briefkastenfirmen mit attraktiven Bedingungen angelockt.

BSC. Sparen ist die neue Doktrin. Der Staat verschlingt zu viel Geld, die Bürokratie überbietet und steigende Sozialkosten belasten den Staatshaushalt. Der Kanton hat kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmenproblem. Und dies ist selbst verschuldet, indem Einnahmequellen (Erbchaftssteuer, Eigenmietwert) leichtfertig aus der Hand gegeben wurden.

Desweiteren kommt hinzu, dass bei entsprechend guter Haushaltslage Steuerreduktionen vorgenommen werden, die für den Einzelnen nicht wirklich Erleichterung bringen. Dafür werden durch die Hintertür Steuergeschenke an Multimilliardenkonzerne verteilt, damit sie beispielsweise in Schaffhausen ein Büro eröffnen. Anfang dieses Jahres hat z.B. das Unternehmen Aptiv seinen Hauptsitz von Irland wegen der Steuervorteile nach Schaffhausen verlegt. Dort sind circa 25 Personen tätig, die mit der Verwaltung von Patenten beschäftigt sind. Das ist zwar schön für Schaffhausen, zeigt aber auch, wie schnell solche

Firmen Büros beziehen, oder auch wie schnell sie wieder weg sein können.

Es muss also gespart werden, zumindest wenn es nach den Bürgerlichen geht. Doch wofür eigentlich? Und ist «Sparen» überhaupt der

richtige Begriff? Sparen bedeutet, so zumindest haben wir es einmal gelernt, Geld zurückzulegen, um eine geplante Anschaffung oder Investition zu finanzieren. Auch die Altersvorsorge ist eine Form des Sparens. Sparen hat also immer ein Ziel.

Sparen auf Kosten der Souveränität

Die Sparziele der Bürgerlichen stehen den klassischen Sparzielen jedoch diametral gegenüber. Sie wollen vor allem Kosten senken, indem Sozialleistungen, Verwaltung und der Service Public abgebaut werden. Sie wollen nicht sparen, sie wollen nur kein Geld für das Funktionieren der Gesellschaft bezahlen. Dringend nötige Investitionen in eine sichere Energieversorgung aus Erneuerbaren werden verhindert. Das neue Datacenter in Beringen geht demnächst ans Netz. Damit erhöht

sich der Stromverbrauch im Kanton schlagartig um 50 Prozent. Soll der Strom im Ausland teuer eingekauft werden, nur weil der Staat zu geizig ist, die nötigen Investitionen zu tätigen? Wie passt das zum Mantra der Bürgerlichen von einer souveränen und selbstbestimmten Schweiz?

Investitionen in die Zukunft

Dabei sind die Staatskassen, besonders in Schaffhausen, gut gefüllt. Es ist genug Geld vorhanden, das Investitionen in eine sichere Zukunft erlaubt. Berechnungen von Umweltverbänden und Versicherungen haben ergeben, dass die Kosten des Klimawandels, die Kosten in Klimaschutzmassnahmen um das bis zu 18-fache überschreiten werden. Soll also gespart werden, um den Schaden zu bezahlen, oder soll der Kanton investieren, um später zu profitieren? Wohin das eiserne Festhalten an der Schuldenbremse führt, kann man gut in Deutschland sehen. Marode Infrastruktur belastet den Staatshaushalt übermässig und bremst die Wirtschaft. Sparen an der falschen Stelle wird den Kanton später teuer zu stehen kommen.



Bild: iStock

«ELM FUTURO» IST WIEDER IN DER POLITISCHEN DISKUSSION

Einige Wochen vor dem geplanten Baustart befasst sich der Glarner Landrat erneut mit dem fragwürdigen Projekt: Das Finanzierungskonzept soll geändert werden und es werden mehr öffentliche Gelder verlangt.

CSC. Das nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich fragwürdige Beschneiungsprojekt «Futuro» der Sportbahnen Elm hat in den vergangenen Jahren schon einige politische Runden gedreht. Nicht nur die politische Geschichte des Projekts, auch die Kritik von uns GRÜNEN geht acht Jahre zurück. Im Jahr 2018 gewährte die Landsgemeinde des Kantons Glarus einen Rahmenkredit von 12,5 Mio. Franken, um Bergbahnprojekte zu subventionieren. Schon damals forderten wir zu Recht, solch hohe Gelder der öffentlichen Hand erst zu sprechen, wenn es konkrete Projekte gebe. Damals lag für das Beschneiungsprojekt in Elm nämlich nur eine grobe Kostenschätzung vor.

Viele Unbekannte

Weitere Projektinformationen gab es keine, weder zur Grösse der geplanten Beschneiungsanlage und dem damit verbundenen Wasserverbrauch noch zur berechtigten Frage, wie mit einer reinen Beschneiungsanlage in Zeiten einer rasant fortschreitenden Klimaerwärmung der geforderte wirtschaftlich nachhaltige Betrieb erreicht werden

soll. Der Regierungsrat knüpfte die Bewilligung des Rahmenkredits an die Gründung einer speziellen Gesellschaft (FinanzInfra) im Mehrheitsbesitz des Kantons. Die geplanten Infrastrukturanlagen sollten der FinanzInfra gehören und über diese subventioniert werden. Der Regierungsrat berief sich dabei auf die Vorteile der FinanzInfra. Da das Geld nicht direkt zum Betreiber fliessen, seien die Investitionen gesichert.

Planung ohne Braunwald

Im Februar stand im Landrat nun genau diese FinanzInfra zur Diskussion. Acht Jahre nach dem Landsgemeindeentscheid und wenige Wochen vor dem geplanten Baubeginn sollten die öffentlichen Gelder neu in Form von A-fonds-perdu-Beiträgen und Darlehen an die Sportbahnen Elm fliessen. Der Regierungsrat sah nun plötzlich Nachteile in der FinanzInfra, sie bedeute ein finanzielles Risiko für die öffentliche Hand. Die FinanzInfra trägt nämlich das volle Kosten- und Finanzierungsrisiko des Projekts und ist verpflichtet, die Beschneiungsanlagen bereitzustellen. Gleichzeitig sollte auch der gesprochene

Betrag erhöht werden und der gesamte Rahmenkredit von 12,5 Mio. Franken für das eine Beschneiungsprojekt der Sportbahnen Elm ausgeschöpft werden. Damit würde der andere Glarner Tourismusort Braunwald leer ausgehen.

Idee zur privaten Sicherung

Den GRÜNEN war und ist es ein Anliegen, dass die Landsgemeinde über die Änderung in der Finanzierung und die erhöhten Geldbeträge entscheiden kann. Die Landratsmehrheit wies das Geschäft jedoch an den Regierungsrat zurück. Nun soll eine neu zu gründende Schnee AG die angemessenen Sicherheiten für die Beiträge der öffentlichen Hand bieten. Wird der Betrieb der Sportbahnen eingestellt oder bei Vertragsverletzungen, gehen die Beschneiungsanlagen via Schnee AG an den Kanton und die Gemeinde Glarus Süd. Der Landrat hat an der ausserordentlichen Sitzung Mitte März einen bedingt rückzahlbaren Beitrag von 10 Millionen Franken an das Projekt «Futuro» der Sportbahnen Elm AG beschlossen. Der Beitrag wird an eine neu zu gründende Tochtergesellschaft der Sportbahnen Elm AG ausgerichtet.

GLARUS

Eva-Maria Kreis wiedergewählt

Die GRÜNEN der Gemeinde Glarus gratulieren Eva-Maria Kreis herzlich zu ihrer Wiederwahl in den Gemeinderat! 2022 wagte sie im Alter von 24 Jahren bei den Gesamterneuerungswahlen die Kandidatur und wurde auf Anhieb gewählt. Mit viel Herzblut leitete sie zuerst das Departement Wald und Forstwirtschaft; aufgrund eines Rücktritts im Gemeinderat übernahm sie im vergangenen Jahr das (ge-)wichtige Departement Bau und Versorgung. Die angehende Juristin vermochte mit ihrer Arbeit zu überzeugen: Sie wurde am 8. März 2026 mit dem drittbesten Resultat erneut in den siebenköpfigen Gemeinderat gewählt. Wir wünschen ihr für die kommenden Herausforderungen alles Gute – und vor allem, dass sie ihre Lust am politischen Mitgestalten ausleben kann!

THURGAU

Vogelschutz bei Neubauten

Der grüne Kantonsrat Mathis Müller setzt sich mit weiteren Mitstreitern dafür ein, dass weniger Vögel an Gebäuden sterben. Vogelkollisionen an Glasflächen stellen schweizweit ein erhebliches Problem für den Artenschutz dar. Schätzungen gehen davon aus, dass jährlich mehr als 10 Millionen Vögel in der Schweiz an Glasscheiben verunglücken. Moderne Architektur mit durchgehenden Glasflächen erhöht das Risiko erheblich, da Spiegelungen von Vegetation oder Durchsichtachsen von Vögeln als freien Flugraum wahrgenommen werden. Mathis Müller hat eine Motion eingereicht mit dem Ziel, das Planungs- und Baugesetz so zu ändern, dass bei der Gestaltung von Fassaden sowie Glas- und Fensterflächen gebührend Rücksicht auf den Vogelschutz zu nehmen ist. Eine ähnliche Regelung besteht bereits im Kanton Zürich.


Chip- und Registrierungspflicht für Hauskatzen

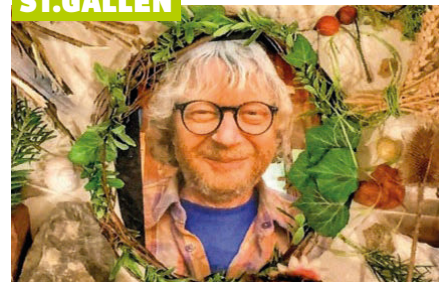
Die grüne Kantonsrätin Isabelle Vonlanthen-Specker fordert in einer Motion eine kantonale Chip- und Registrierungspflicht für Hauskatzen. Sie sind in der Schweiz das häufigste Raubtier und ihre Zahlen steigen stetig an. In unserem Land leben rund 2 Millionen Katzen mit Halter*in und eine unbekannte Zahl streunender Katzen. Ungefähr 30 bis 40% der Katzen sind registriert. Mit der Chip-Pflicht könnten Probleme wie Qualzuchten, Verkauf über online Plattformen, vernachlässigte Tiere, Tierhandel und auch Seuchenproblematiken

in Zukunft besser angegangen werden. Ebenfalls nicht zu unterschätzen ist der Einfluss der Hauskatze als Raubtier auf Säugetiere, Vögel und Reptilien. Es ist anzunehmen, dass die fragile Biodiversität in der Schweiz darunter leidet und noch mehr aus dem Gleichgewicht gerät.

GRAUBÜNDEN

Nationale Delegiertenversammlung in Chur

Am 31. Januar fand in Chur erstmals die Delegiertenversammlung der GRÜNEN Schweiz im Kanton Graubünden statt – und sie war ein voller Erfolg. Rund 180 engagierte Mitglieder aus der ganzen Schweiz kamen zusammen, um gemeinsam die Parolen zu fassen und zentrale Anliegen zu besprechen. Der Tag war geprägt von lehrreichen Reden, spannenden Diskussionen und einem spürbaren Zusammenhalt. Ein rundum gelungener Tag, der den GRÜNEN Graubünden und hoffentlich auch den anderen in bester Erinnerung bleiben wird.

ST.GALLEN

Nachruf

Am 18. Januar 2026 hat sich der Lebenskreis von Markus Scheiwiller (1960–2026) geschlossen. Markus war über viele Jahre ein engagiertes Mitglied der GRÜNEN in der Region Wil-Land, wirkte im Vorstand als Aktuar und vertrat die Kantonalpartei während Jahren als Delegierter bei den GRÜNEN Schweiz. Mit grosser Hartnäckigkeit und Überzeugung setzte er sich für seine Anliegen und Ideale ein. Wir behalten Markus als engagierten Mitstreiter in Erinnerung.

Markus Allemann
Naturgärten GmbH

Fleissarbeit

Planung, Ausführung, Unterhalt
9562 Märwil
Telefon 071 633 29 84
natur-gaerten.ch



Bild: Adobe Stock

ABSTIMMUNGEN

VOM 14. JUNI 2026

Am 14. Juni stehen zwei nationale Abstimmungen an, die zentrale Anliegen der GRÜNEN betreffen. Die Änderung des Zivildienstgesetzes will den Wechsel vom Armee- in den Zivildienst erschweren. Und die SVP will mit ihrer Initiative «10-Millionen Schweiz» eine Begrenzung der Bevölkerung auf 10 Millionen einführen.

NEIN zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Der Zivildienst wird seit längerem von der rechten Mehrheit im Parlament mit diversen Massnahmen und Gesetzesänderungen angegriffen. Ein Teil davon ist die Änderung des Zivildienstgesetzes, der das Parlament in der Herbstsession 2025 zugestimmt hat. Gegen diese Änderung wurde das Referendum ergriffen.

Die Angriffe auf den Zivildienst werden damit begründet, dass zu viele junge Männer Zivildienst leisten würden und deshalb der Armeebestand zu tief sei. Dabei war der Effektivbestand der Armee in den letzten Jahren mit 147'000 Armeeangehörigen widerrechtlich höher als die im Gesetz vorgesehenen 140'000 Personen, die es braucht, damit der Sollbestand von 100'000 tatsächlich sichergestellt ist. Es ist also unnötig, die für die Gemeinschaft sinnvolle Institution Zivildienst zu schwächen, um eine Armee zu alimentieren, die in den letzten Jahren jeweils zu viele Angehörige zählte.

Mit den neuen vom Bundesrat präsentierten Bedrohungsszenarien ist zudem fraglich, ob in Zukunft überhaupt

noch eine solch hohe Anzahl an Armeeangehörigen nötig ist. Eine Schwächung des Zivildienstes zugunsten der Armee bedeutet auch eine weitere Militarisierung der Gesellschaft, was den grünen Werten diametral entgegensteht.

NEIN zur Initiative für eine 10-Millionen Schweiz

Die SVP-Initiative verlangt, dass der Bund und die Kantone beim Erreichen verschiedener Schwellenwerte Massnahmen treffen, um das Bevölkerungswachstum einzuschränken respektive zu begrenzen. So dürften Kriegsvertriebene (Personen mit einer vorläufigen Aufnahme) kein Bleiberecht mehr erhalten und der Familiennachzug soll massiv erschwert werden. Dies sind einschneidende Massnahmen, die gegen grund- und völkerrechtliche Verpflichtungen verstossen – dabei machen Geflüchtete gerade einmal 2.5 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung aus. Die vorläufig Aufgenommenen zählen gar nur 0.5 Prozent. Sie sind also definitiv nicht die Treiber des Bevölkerungswachstums, werden von der SVP jedoch als Sündenböcke benutzt. Eine zentrale Frage lässt die Initiative dabei offen: Was geschieht mit Personen, die

nach Erreichen des Schwellenwerts in der Schweiz Schutz suchen? Die drohende Kündigung von internationalen Abkommen wie dem UNO-Migrationspakt, der Flüchtlingskonvention, der Kinderrechtskonvention und sogar der Europäischen Menschenrechtskonvention lässt befürchten, dass das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft werden würde.

Im Weiteren fordert die Initiative explizit die Kündigung der Personenfreizügigkeit mit der EU. Reisen, Arbeiten, Forschen oder Beziehungen führen über die Grenzen hinweg wäre nicht mehr wie bis anhin möglich und Spitäler, Alters- und Pflegeheime aber auch Baustellen und das Gastrogewerbe in der ganzen Schweiz stünden plötzlich mit noch weniger Personal da.

ABSTIMMUNGSEMPFEHLUNG

NEIN zur Änderung des Zivildienstgesetzes

NEIN zur Volksinitiative für eine 10-Millionen Schweiz



Bild: Patrick Itten

NACHGEFRAGT BEI

SANDRO GEHRI

Der 39-jährige Sandro Gehri hat eine steile Politkarriere hinter sich: 2024 auf der Kantonsratsliste und Neumitglied der GRÜNEN, 2025 Wahl in den Gemeinderat in Bussnang und fast gleichzeitig Wahl zum Co-Präsidenten der Bezirkspartei Weinfelden. Das Interview führte Kurt Egger.

Du bist noch nicht so lange bei den GRÜNEN. Was hat dich motiviert, aktiv in der Partei mitzuwirken?

Ich wurde angefragt bei der Kantonsratswahlen 2024 für die GRÜNEN zu kandidieren. Bereits davor war ich politisch sehr interessiert und habe mit den GRÜNEN sympathisiert, mich jedoch nicht parteipolitisch engagiert. Mit der Entscheidung zu kandidieren, hatte ich das Bedürfnis mich mehr zu engagieren und nicht nur einfach meinen Namen auf die Liste setzen zu lassen. Ich wollte mich aktiv einbringen.

In kurzer Zeit bist du als Co-Präsident der Bezirkspartei und als Gemeinderat gewählt worden. Dazu hast du eine Familie mit zwei Kindern. Wie bringst du alles unter einen Hut?

Dass es so schnell gehen würde, war definitiv nicht geplant. Eine Vakanz im Gemeinderat, bot mir die Möglichkeit, bereits nach kurzer Zeit mich ganz konkret engagieren zu können. Alles unter einen Hut zu bringen ist tatsächlich nicht immer ganz einfach und manchmal muss man Prioritäten setzen und kann nicht alles machen, wofür man sich eigentlich einsetzen möchte. Ausserdem unterstützt meine Frau mein

Engagement und hält mir den Rücken für die häufig abends stattfindenden Veranstaltungen frei.

Wie findest du dich als Gemeinderat in einer konservativ, bürgerlich dominierten Gemeinde zurecht?

Ich bin jetzt seit einem guten halben Jahr dabei und habe mich gut eingelebt. Die Zusammenarbeit im Gemeinderat und auch mit der Verwaltung funktioniert sehr gut, unterschiedliche Meinungen werden respektiert und ausdiskutiert. Alle haben das Wohl der Bevölkerung im Auge, auch wenn natürlich nicht alle die gleichen Prioritäten haben.

Wirst du auch gehört und kannst dich manchmal mit grünen Themen durchsetzen? Welche Themen sind deine Schwerpunkte?

Ressortbedingt liegen die Schwerpunkte aktuell bei der Stromversorgung und der Gesundheit. Als Gemeinderat einer kleineren Gemeinde habe ich jedoch direkt Einblick in die ganze Breite der Geschäfte und kann auf diese Einfluss nehmen.

Die Stadt und der Bezirk Weinfelden ist für die GRÜNEN ein hartes Pflaster. Mit welchen Themen könnten die GRÜNEN im bürgerlichen Weinfelden punkten?

Man kann es als hartes Pflaster sehen, oder als Region mit noch grossem Potenzial für grüne Anliegen. Im direkten Austausch erlebe ich viel Sympathie und Interesse an den grünen Positionen. Unsere Herausforderung ist es, dass es nicht nur bei der Sympathie bleibt, sondern zu konkreten Handlungen und Wahl- und Abstimmungsergebnissen führt.

ZUR PERSON

Sandro Gehri (39) wohnt mit seiner vierköpfigen Familie in Stehrenberg in der Gemeinde Bussnang. Sandro arbeitet als Software Entwickler bei Trendera, einem Startup im Bereich Innovation auf dem Schweizer Bankenplatz. In seiner Freizeit ist er gerne draussen unterwegs, sei es zu Fuss, mit dem Velo oder beim Klettern mit der Familie.

**AKTION
GEGEN
FLUG-
LÄRM**

Referat von Franziska Ryser,
Nationalrätin GRÜNE

Zwischen Bundeshaus und Pistenkante



**Mi 22. April 2026
20.15 Uhr**

Zentrum St. Kolumban
Kirchstrasse 9
9400 Rorschach

OSTGRÜNE:

ANSCHLUSS FINDEN

Kantonalparteien

• GRÜNE Glarus
Ennetbühlerstr. 3
8755 Ennenda
www.gruene-gl.ch
sekretariat@gruene-gl.ch

• GRÜNE Graubünden
7000 Chur
079 901 83 23
www.gruene-gr.ch
info@gruene-gr.ch

• GRÜNE Schaffhausen
Brünigstrasse 7
8200 Schaffhausen
www.gruene-sh.ch
info@gruene-sh.ch

• GRÜNE St.Gallen
Postfach
9001 St.Gallen
071 244 00 58
www.gruene-sg.ch
sekretariat@gruene-sg.ch

• GRÜNE Thurgau
8570 Weinfelden
079 304 37 49
www.gruene-tg.ch
sekretariat@gruene-tg.ch

OSTGRÜN, Redaktion und Inserate

• Kurt Egger, Präsident GRÜNE TG
079 207 84 37
kurt.egger@gruene-tg.ch

• Daniel Bosshard, Präsident GRÜNE SG
079 846 63 98
daniel.bosshard@gruene-sg.ch

Redaktionsschluss Ausgabe 2/26
15.6.2026

AGENDA OSTGRÜN

Details siehe Webseiten Kantonalparteien.

Glarus

www.gruene-gl.ch

- Samstag, 25.4., 8.30 – 11.30 Uhr Bring-Hol-Börse, Schwanden
- Freitag, 1.5., 19.30 – 22.30 Uhr HV GRÜNE Kanton Glarus
- Samstag, 2.5., Landsgemeinde Flohmarkt
- Sonntag, 3.5., Landsgemeinde

Graubünden

www.gruene-gr.ch

- Dienstag, 28.4., 19.00 – 20.30 Uhr HV GRÜNE Kanton Graubünden, Torculum Chur

Schaffhausen

www.gruene-sh.ch

- Mittwoch, 6.5., 19.00 – 20.30 Uhr GV GRÜNE Schaffhausen, Wagenareal Schaffhausen

St.Gallen

www.gruene-sg.ch

- Freitag, 24.4., 19 Uhr HV GRÜNE Stadt St.Gallen mit Vortrag über Kolonialismus, Aula Primarschule Schönenwegen, St.Gallen
- Samstag, 25.4., Veloflohmarkt, Marktgasse Wil
- Montag, 27.4., Vortrag Neuer Rechtsextremismus mit Historiker Cenk Akdoganbulut, Zeit und Ort noch offen
- Samstag, 2.5., 10 – 18 Uhr Frühlingsmarkt, Bahnhofstrasse Flawil
- Mittwoch, 6.5., 18 Uhr Betriebsrundgang, Rüeegger Bikesport mit anschliessender Vollversammlung GRÜNE Wil-Land, «Rössli», Flawil
- Samstag, 9.5., 9.30 – 12 Uhr Ordentliche MV GRÜNE Kanton St.Gallen, Ort noch offen
- Dienstag, 26.5., 19.15 – 20.15 Uhr MV GRÜNE Toggenburg, Macherzentrum Lichtensteig, Postgasse 1, Lichtensteig
- Dienstag, 2.6., MV GRÜNE Rapperswil-Jona
- Montag, 8.6., 19.30 Uhr Infoanlass Mobilität, Restaurant Rössli, Flawil
- Dienstag, 30.6., 18.00 – 20.30 Uhr Führung durch die KVA Buchs, Langäulistrasse 22, Buchs

Thurgau

www.gruene-tg.ch

- Donnerstag, 7.5., 19.15 – 21.30 Uhr MV GRÜNE Thurgau, Pellemania, Marktplatz 2, Amriswil

National

www.gruene.ch

- Sonntag, 14.6., Nationale Abstimmungen